

II- 160 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
 XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 11013

1976 -01- 27

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. BAUER, Suppan
 und Genossen
 an den Bundesminister für Landesverteidigung
 betreffend die Einberufung von Polizisten zum Präsenzdienst

In der Zeitung "Die Presse" vom 9. 1. 1976 ist unter dem
 Titel "Justament nach OPEC-Terror? Polizisten zum Bundesheer"
 u. a. folgendes zu lesen:

"Der Sicherheitspolitik im Inneren wird nun - nach dem OPEC-
 Überfall und vor den Olympischen Winterspielen - von allen Parteien
 und Behörden verstärktes Augenmerk geschenkt. Um so unverständlicher
 ist es daher, daß seitens der Generaldirektion für öffentliche Sicher-
 heit im Innenministerium verabsäumt wurde, für insgesamt 87 Polizisten
 und Gendarmen einen neuerlichen Aufschub des Präsenzdienstes beim
 Bundesheer zu erwirken. Dies, nachdem seitens des Wiener Polizei-
 präsidenten Reidinger, darüber Klage geführt worden war, daß siebzig,
 eben fertig ausgebildete Polizisten Wiens, gerade dann eingezogen würden,
 da die Kritik an der Exekutive am lautesten geworden sei."

Den unterfertigten Abgeordneten ist bekannt, daß die Einbe-
 rufung der jungen Polizisten, die ihren Präsenzdienst noch
 nicht abgeleistet haben, durch die Wehrgesetze gedeckt ist.
 Offen bleibt allerdings die Frage, ob es sinnvoll ist, Ange-
 hörige eines Exekutivkörpers zur Ableistung des Präsenzdienstes
 einzuberufen in einem Zeitraum, in dem nach Ansicht der Anfrage-
 steller alles getan werden müßte, um der Polizei die Erfüllung
 ihrer Aufgaben zu ermöglichen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundes-
 minister die

A n f r a g e :

1. Entspricht es den Tatsachen, daß 87 ausgebildete Polizisten

mit 7. 1. 1976 zur Ableistung des Präsenzdienstes einberufen wurden?

Wenn ja,

2. Sind Sie, Herr Bundesminister, bereit, eine Novelle zum Wehrgesetz vorzulegen, auf Grund derer die Einberufung ausgebildeter Angehöriger eines Exekutivkörpers zum Bundesheer im Interesse des Sicherheitsbedürfnisses der Bevölkerung unterbleibt?